

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung

Sitzung: Donnerstag, 07.09.2023

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:25 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Frank Flake - SPD

Mitglieder

Herr Claas Merfort - CDU

Herr Christoph Bratmann - SPD

wird von RH Graffstedt vertreten

Herr Matthias Disterheft - SPD

fehlt entschuldigt

Frau Annegret Ihbe - SPD

Herr Helge Böttcher - B90/GRÜNE

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

wird von RH Dr. Plinke vertreten

Frau Leonore Köhler - B90/GRÜNE

anwesend bis 16:52 Uhr

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Herr Frank Täubert - CDU

Herr Udo Sommerfeld - Die FRAKTION. BS

Frau Sabine Bartsch - BIBS

Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten

anwesend bis 16:58 Uhr

Herr Mathias Möller - FDP

Herr Stefan Wirtz - AfD

Stellvertretende Mitglieder

Herr Frank Graffstedt - SPD

vertritt RH Bratmann

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

vertritt RF Jalyschko

Personalvertretung

Frau Corinna Erichsen – Gesamtpersonalrat

Herr Thomas Meyer – Gesamtpersonalrat

Gäste

Frau Natascha Wessling - Struktur-Förderung Braunschweig GmbH
Herr Kai Florysiak - Struktur-Förderung Braunschweig GmbH
Herr Frank Brandt - Kraftverkehr Mundstock GmbH
Herr Andreas Ruhe - Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

Verwaltung

Herr Christian Geiger - Dezernent VII
Herr Dr. Tobias Pollmann - Dezernent II
Herr Henning Sack – FB 10
Herr Markus Schlimme – FB 20
Herr Nils Backhaus – AbtL. 20.1
Herr Frank Tuchen - AbtL. 20.3
Frau Marion Lenz - Gleichstellungsbeauftragte

Protokollführung

Herr Lars Weber – FB 20
Herr Elmar Weißenborn – StL. 10.01
Frau Johanna Pomykaj – FB 20
Frau Nikola Mindermann – FB 10

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|------|--|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 17 | Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal) | |
| 18 | Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 15.06.2023 | |
| 19 | Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 29.06.2023 | |
| 20 | Mitteilungen (Personal) | |
| 20.1 | Personalkostenhochrechnung Juli 2023 | 23-21792 |
| 20.2 | Geschlechterverteilung der Dienstkräfte der Stadt Braunschweig | 23-21991 |
| 21 | Anträge (Personal) | |

21.1	Prüfung der überbedarftlichen Ausbildung	23-21988
22	Berufung von 2 Ortsbrandmeistern und 4 Stellvertretenden Ortsbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis	23-21725
23	Zuwendungen an die im Rat der Stadt vertretenen Fraktionen und Gruppen	23-21795
24	Anfragen (Personal)	
24.1	Belastung des Braunschweiger Tierheims durch behördlich angeordnete Langzeitunterbringungen?	23-21945
24.1.1	Belastung des Braunschweiger Tierheims durch behördlich angeordnete Langzeitunterbringungen?	23-21945-01
25	Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)	
26	Mitteilungen (Finanzen)	
27	Anträge (Finanzen)	
27.1	Anpassung des Integrierten Klimaschutzkonzepts 2.0 (IKSK 2.0)	23-21997
27.1.1	Anpassung des Integrierten Klimaschutzkonzepts 2.0 (IKSK 2.0)	23-21997-01
28	9. Änderung der Regelung über die Erhebung von Entgelten für Leistungen des Rettungsdienstes der Stadt Braunschweig (Rettungsdiensttarifordnung)	23-21689
29	Übernahme einer Ausfallbürgschaft für eine Kreditaufnahme der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH	23-21726
30	Struktur-Förderung Braunschweig GmbH - Nachtragswirtschaftsplan 2023	23-21927
31	Ausrichtung "Tag der Niedersachsen 2026" in Braunschweig	23-21864
32	entfällt	
33	Haushaltsvollzug 2023 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	23-21998
33.1	Haushaltsvollzug 2023 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	23-21998-01
33.2	Haushaltsvollzug 2023 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG für die Zuschlagserteilung im Projekt Neubau 6. Integrierte Gesamtschule am Wendenring und Grundschule Westliches Ringgebiet am Wedderkopsweg	23-21998-02
34	Verzicht auf die Aufstellung der konsolidierten Gesamtabschlüsse	23-22006

gemäß § 179 Abs. 1 NKomVG für die Haushaltsjahre 2017 bis einschließlich 2020

35	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2000 €	23-21786
36	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	23-21787
37	Anfragen (Finanzen)	
37.1	Eine Frage der Transparenz: Privatjetflüge vom Braunschweiger Flughafen	23-22007
37.1.1	Eine Frage der Transparenz: Privatjetflüge vom Braunschweiger Flughafen	23-22007-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Flake eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Mitteilung 23-21991 wird vom nichtöffentlichen TOP 5.2 auf den öffentlichen TOP 20.2 verschoben. Der nichtöffentliche TOP 5.2 entfällt.

Die Vorlage 23-22005 unter TOP 43 wird von der Verwaltung zurückgezogen.

Die Tagesordnung wird in der geänderten Fassung genehmigt.

17. Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal)

18. Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 15.06.2023

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltung: 1

19. Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 29.06.2023

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltung: 2

20. Mitteilungen (Personal)

20.1. Personalkostenhochrechnung Juli 2023

23-21792

Die Mitteilung 23-21792 wird zur Kenntnis genommen.

20.2. Geschlechterverteilung der Dienstkräfte der Stadt Braunschweig

23-21991

Die Mitteilung 23-21991 wird zur Kenntnis genommen.

21. Anträge (Personal)

21.1. Prüfung der überbedarftlichen Ausbildung

23-21988

Ratsherr Sommerfeld erläutert den Antrag und wirbt abschließend für eine breite Zustimmung durch die Ausschussmitglieder.

„Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob in Kooperation mit kleineren Gemeinden oder externen Partnern eine überbedarftliche Ausbildung wieder durchgeführt werden kann. Über das Ergebnis der Prüfung soll den Ratsgremien berichtet werden.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

22. Berufung von 2 Ortsbrandmeistern und 4 Stellvertretenden Ortsbrandmeistern in das Ehrenbeamtenverhältnis

23-21725

Beschluss:

„Die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

lfd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Broitzem	Ortsbrandmeister	Grabenhorst, Sven
2	Broitzem	Stellv. Ortsbrandmeister	Reschke, Karsten-Uwe
3	Waggum	Stellv. Ortsbrandmeister	Stahr, Marcus
4	Völkenrode	Ortsbrandmeister	Kahlhöfer, Stefan
5	Völkenrode	Stellv. Ortsbrandmeister	Büchner, Christian
6	Melverode	Stellv. Ortsbrandmeister	Gerlach, Jörn Lars

„**Abstimmungsergebnis:** Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

23. Zuwendungen an die im Rat der Stadt vertretenen Fraktionen und Gruppen

23-21795

Ratsherr Sommerfeld erklärt sich zu diesem Punkt als befangen.

Ratsfrau Bartsch erkundigt sich, inwieweit bei der Inanspruchnahme des „365 €-Jobtickets“ die Verpflichtung zu einem monatlichen Bezug besteht oder ob es die Möglichkeit gibt, den Bezug monatsweise auszusetzen.

Zudem fragt Ratsfrau Bartsch, ob die monatliche Brutto-Sonderzahlung zum Zweck der zu-

sätzlichen Altersvorsorge für die Beschäftigten der Geschäftsstellen nur für Gruppen oder auch für Fraktionen des Rates der Stadt Braunschweig gezahlt werden soll.

Stadtrat Dr. Pollmann erläutert, dass das „365 €-Jobticket“ zunächst für ein volles Jahr mit anschließender Kündigungsmöglichkeit bezogen werden muss. Die Möglichkeit zum Bezug einzelner Monate besteht nicht.

Ausschussvorsitzender Flake erklärt die Problematik in Niedersachsen, die sich aus der kommunalrechtlichen Bezeichnung Gruppe ergibt. Dieser Begriff ist in der Satzung der VBL nicht enthalten.

Stadtrat Dr. Pollmann ergänzt, dass für Fraktionen, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern einer Partei zusammensetzen, grundsätzlich die Möglichkeit besteht, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der VBL versichern zu lassen. Für die Schlechterstellung der gemischten Gruppen soll durch die Beschlussvorlage nunmehr Abhilfe geschaffen werden.

Beschluss:

- „1. Die Stadt Braunschweig ermöglicht den im Rat der Stadt Braunschweig vertretenen Fraktionen und Gruppen einen Beitritt zum Rahmenvertrag zur Abnahme von Jobtickets des Deutschlandtickets. Zusätzliche Zuwendungen werden in tatsächlichem Umfang rückwirkend ab Juni 2023 bis zu einer Höhe von 16,55 € pro Mitarbeitenden und Monat zur Verfügung gestellt.
2. Die Beschäftigten der Geschäftsstellen der im Rat der Stadt Braunschweig vertretenen Gruppen erhalten für die Dauer ihres Beschäftigungsverhältnisses rückwirkend - frühestens ab 01.11.2021 - eine monatliche Brutto-Sonderzahlung zum Zweck der zusätzlichen Altersversorgung in Höhe des Arbeitgeberanteils an der VBL-Umlage“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

24. Anfragen (Personal)

24.1. Belastung des Braunschweiger Tierheims durch behördlich angeordnete Langzeitunterbringungen? 23-21945

Die Anfrage wird mit Stellungnahme 23-21945-01 beantwortet.

24.1.1. Belastung des Braunschweiger Tierheims durch behördlich angeordnete Langzeitunterbringungen? 23-21945-01

Die Stellungnahme 23-21945-01 wird zur Kenntnis genommen.

25. Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)

26. Mitteilungen (Finanzen)

26.1. Mündliche Mitteilung (Finanzen)

Herr Erster Stadtrat Geiger informiert umfassend zur vorliegenden Genehmigung des Doppelhaushalts 2023/2024 durch die Kommunalaufsicht und zur Umsetzung der im Haushaltsplan 2023/2024 eingeplanten Globalen Minderausgabe. Auf die beiden in diesem Zusam-

menhang bereits vorliegenden Mitteilung außerhalb von Sitzungen an den Rat (Drucks.-Nr.: 23-22016 und 23-22033) wird verwiesen.

Ratsherr Flake merkt an, dass die Haushaltsjahre in der Vergangenheit besser abgeschlossen wurden als nach den Planungen zu erwarten war. Er bittet um eine Gegenüberstellung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit für das Haushaltsjahr 2022 im Plan und Ist.

Protokollnotiz: Nach dem aktuellen Buchungsstand ergibt sich folgender vorläufiger Plan/Ist-Vergleich beim Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit 2022 des Finanzhaushalts:

Geplanter Saldo:	rd. - 6,5 Mio. €
Buchungsstand Saldo:	rd. 77,0 Mio. €
Veränderung Saldo:	rd. 83,5 Mio. €

Im Unterschied dazu wurde für den Ergebnishaushalt 2022 ein Jahresfehlbetrag von -60,0 Mio. € eingeplant. Zur Haushaltsplanerstellung 2023/2024 wurde für 2022 ein Jahresfehlbetrag von -5,0 Mio. € prognostiziert; somit eine Veränderung von rd. 55,0 Mio. €.

Der Unterschied der Veränderungen - Jahresfehlbetrag gegenüber dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit - von rd. 28,5 Mio. € ergibt sich aus nicht zahlungswirksamen Vorgängen (z.B. prognostizierte höhere Rückstellungsbildungen), die sich nicht auf den Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit auswirken.

Ratsherr Sommerfeld bittet um ergänzende Erläuterungen zu den Ansätzen für die Sachkostensperre 2023 (Anlage 2 der Mitteilung außerhalb von Sitzungen Drucks.-Nr.: 23-22033), dahingehend ob die Ansätze der Haushaltswahrheit dienen oder eine Haushaltskürzung bedeuten. Herr Erster Stadtrat Geiger weist auf die Möglichkeit einer direkten Klärung mit den jeweiligen Fachdezernaten in den entsprechenden Fachausschüssen hin. Von dort aus können die möglichen Auswirkungen der gemeldeten Ansätze für die Sachkostensperre 2023 beurteilt werden.

Die mündliche Mitteilung von Herrn Ersten Stadtrat Geiger wird zur Kenntnis genommen.

27. Anträge (Finanzen)

27.1. Anpassung des Integrierten Klimaschutzkonzepts 2.0 (IKSK 2.0) 23-21997

Ratsherr Dr. Plinke erklärt zu der Beratung in der Sitzung des AMTA am 06.09.2023, dass zwar der Antrag mit fachlichen Argumenten abgelehnt wurde, jedoch nicht die Zielrichtung an sich.

Beschluss:

„Der Abschnitt im IKSK 2.0 „4.1 Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs“ erhält unter „Ziele bis 2030“ (S. 121) als ergänzendes Ziel: Reduktion des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) um 40 %.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 0 Dagegen: 9 Enthaltung: 1 **ABGELEHNT**

27.1.1. Anpassung des Integrierten Klimaschutzkonzepts 2.0 (IKSK 2.0) 23-21997-01

Die Stellungnahme 23-21997-01 wird zur Kenntnis genommen.

28. 9. Änderung der Regelung über die Erhebung von Entgelten für Leistungen des Rettungsdienstes der Stadt Braunschweig (Rettungsdiensttarifordnung) 23-21689

Beschluss:

- „1. Dem Abschluss der als Anlage 1 beigefügten Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten für Leistungen des Rettungsdienstes wird zugestimmt.
2. Die als Anlage 2 beigefügte 9. Änderung der Regelung über die Erhebung von Entgelten für Leistungen des Rettungsdienstes der Stadt Braunschweig (Rettungsdiensttarifordnung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 7 Dagegen: 0 Enthaltung: 3

29. Übernahme einer Ausfallbürgschaft für eine Kreditaufnahme der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH 23-21726

Beschluss:

- „1. Die von der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH beantragte Übernahme einer Ausfallbürgschaft für eine Kreditaufnahme in Höhe von 2.053.000 EUR zuzüglich Zinsen und etwaigen Kosten wird beschlossen.
2. Sofern die Zinsbindung nicht für die komplette Laufzeit des Darlehens vereinbart wird, wird die Verwaltung ermächtigt, die nach deren Ablauf erforderliche Prolongationen oder Umschuldung durch Bürgschaftserklärung zu sichern.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

30. Struktur-Förderung Braunschweig GmbH - Nachtragswirtschaftsplan 2023 23-21927

Beschluss:

„Die Vertreterinnen und der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH werden angewiesen, den Nachtragswirtschaftsplan 2023 in der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 28. August 2023 empfohlenen Fassung zu beschließen.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltung: 1

31. Ausrichtung "Tag der Niedersachsen 2026" in Braunschweig 23-21864

Aus dem Ausschuss werden folgende Nachfragen zur Vorlage gestellt:

- Ratsherr Knurr fragt, wie hoch der erhebliche Anteil sei, welcher durch Sponsorengelder gedeckt werden könne, um welche Sponsoren es sich handelt und wie die Verwaltung darauf kommt.
- Ratsherr Merfort fragt, welcher Betrag in den Haushalt einzustellen ist, da der Beschlusstext keinen konkreten Betrag beinhaltet.
- Ratsherr Täubert fragt, welche Möglichkeiten die Stadt Braunschweig hat, Einfluss auf die Gesamtkosten zu nehmen, da es in der Vorlage heißt „... geht das Land Niedersachsen derzeit von einem erforderlichen Eigenanteil in Höhe von 700.000 € für die Stadt Braunschweig aus.“. Es wirke als würde das Land Niedersachsen die Planung machen.

Herr Erster Stadtrat Geiger sagte eine Beantwortung der Nachfragen zum VA zu.

Beschluss:

„Die Stadt Braunschweig bewirbt sich beim Land Niedersachsen für die Ausrichtung des „Tag der Niedersachsen 2026“, der voraussichtlich von Freitag, 12. bis Sonntag, 14. Juni 2026 in Braunschweig stattfinden soll. Die Veranstaltung wird gemeinsam mit dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport organisiert.

Der Rat stimmt im Falle einer erfolgreichen Bewerbung der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel zur Ausrichtung des „Tag der Niedersachsen 2026“ für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 zu.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 7 Dagegen: 0 Enthaltung: 3

32. entfällt

- 33. Haushaltsvollzug 2023** **23-21998**
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

- 33.1. Haushaltsvollzug 2023** **23-21998-01**
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

- 33.2. Haushaltsvollzug 2023** **23-21998-02**
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG für die Zuschlagserteilung im Projekt Neubau 6. Integrierte Gesamtschule am Wendenring und Grundschule Westliches Ringgebiet am Wedderkopsweg

Ratsherr Dr. Plinke führt an, dass es bei den vor einigen Jahren angeschobenen PPP-Sanierungsprojekten für Schulen eine Auftragsvergabe an Hoch-Tief gab, die Schulen in dem zum Zeitpunkt der Übergabe befindlichen Zustand zu übernehmen, zukunftsfähig zu machen, zu sanieren und für einen festgelegten Zeitraum zu betreiben, so dass die Schulen in dem Zu-

Er bittet um eine Information, welche diesbezüglichen Regelungen die Auftragsvergabe zum vorliegenden Projekt zum Neubau einer 6. Integrierte Gesamtschule am Wendenring vorsieht bzw. in welchem Zustand die Schule nach Beendigung der Laufzeit an die Stadt übergeben wird.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Dafür: 9 Dagegen: 1 Enthaltung: 0

34.	Verzicht auf die Aufstellung der konsolidierten Gesamtabschlüsse gemäß § 179 Abs. 1 NKomVG für die Haushaltsjahre 2017 bis einschließlich 2020	23-22006
-----	---	-----------------

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Dafür: 9 Dagegen: 1 Enthaltung: 0

35.	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2000 €	23-21786
-----	--	----------

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

36. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	23-21787
--	-----------------

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 0 Enthaltung: 0

37. Anfragen (Finanzen)

37.1. Eine Frage der Transparenz: Privatjetflüge vom Braunschweiger Flughafen 23-22007

Ratsherr Flake betont, dass es keinen Ratsauftrag gibt, welcher besagt, dass ab 2024 keine Zuschüsse mehr an die Flughafengesellschaft geleistet werden dürfen.

Ratsherr Sommerfeld fragt, inwiefern Betriebsmittelzuschüsse unter Berücksichtigung des EU-Beihilferechts ab 2024 weiterhin möglich sind. Herr Erster Stadtrat Geiger hebt hervor, dass es in diesem Zusammenhang eine Gesetzesänderung gab, wonach die Betriebsmittelzuschüsse an die Flughafengesellschaft unter Beachtung des EU-Beihilferechts weiterhin möglich sind.

Ratsherr Flake äußert seine Annahme, dass das entsprechende EU-Beihilferecht 2024 ausläuft und die EU überlegt dies bis 2027 zu verlängern. Er bitte um eine Mitteilung, ob das betroffene EU-Beihilferecht tatsächlich 2024 ausläuft und sofern eine Entscheidung der EU zur Verlängerung vorliegt ebenfalls über diese zu berichten.

Protokollnotiz: Mit Verordnung (EU) 2023/1315 der Kommission vom 23. Juni 2023 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und der Verordnung (EU) 2022/2473 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen zugunsten von in der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Erzeugnissen der Fischerei und der Aquakultur tätigen Unternehmen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union („AGVO“) ist diese gemäß Artikel 59 Unterabsatz 2 bis zum 31. Dezember 2026 verlängert worden (bisher Gültigkeit bis Ende 2023).

Die Anfrage wird mit Stellungnahme 23-22007-01 beantwortet.

37.1.1. Eine Frage der Transparenz: Privatjetflüge vom Braunschweiger Flughafen 23-22007-01

Ratsfrau Bartsch bittet um die Beantwortung der Frage 1 der Anfrage 23-22007 in Form einer nichtöffentlichen Mitteilung außerhalb von Sitzungen oder als nichtöffentliche Anlage zum Protokoll.

Protokollnotiz: § 64 Luftverkehrsgesetz regelt die Speicherung von Daten bei der Verkehrszulassung von Luftfahrzeugen. So sind u.a. gemäß § 64 Abs. 3 Ziffer 5 LuftVG bei natürlichen Personen Namen und Anschrift und bei juristischen Personen Firmennamen und Anschrift zu speichern.

Gemäß § 64 Abs. 7 LuftVG dürfen diese Daten (nur) für Verwaltungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Luftverkehrs, zur Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen Luftverkehrsvorschriften oder zur Verfolgung von Straftaten oder zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit vom Luftfahrt-Bundesamt an Behörden und sonstige öffentliche Stellen im Inland übermittelt werden.

Gemäß § 64 Abs. 8 LuftVG dürfen einzelne Daten darüber hinaus an nicht-öffentliche Stellen übermittelt werden, wenn der Empfänger glaubhaft macht, dass er die Daten zur Geltendmachung, Sicherung oder Vollstreckung oder zur Befriedigung oder Abwehr von Rechtsansprüchen im Zusammenhang mit dem Luftverkehr oder zur Erhebung einer Privatklage wegen im Luftverkehr begangener Verstöße benötigt und ohne Kenntnis der Daten zur Geltendmachung, Sicherung oder Vollstreckung, zur Befriedigung oder Abwehr des Rechtsanspruchs oder zur Erhebung der Privatklage nicht in der Lage wäre.

Eine Nennung der Eigentümer der Luftfahrzeuge ist daher im Rahmen dieser Anfrage rechtlich nicht möglich.

Die Stellungnahme 23-22007-01 wird zur Kenntnis genommen.

gez.
Flake
Vorsitzender

gez.
Geiger
Erster Stadtrat

gez.
Weber
Schriftführer Finanzen

gez.
Dr. Pollmann
Stadtrat

gez.
Mindermann
Schriftführerin Personal